

Bell, Michel D., and Daniel C. Kurtzer: Old City, New Regime, in „Foreign Affairs“ March/April 2009, S. 131 ff.

Ein achtbares Unterfangen, zweifellos. Die Autoren zeigen sich in ihrem Diskussionsbeitrag zur politischen Zukunft der Altstadt Jerusalems mit dem Stand der bisherigen politischen Überlegungen unzufrieden. Das übliche Kompromissangebot – Teilung der Souveränität zwischen Israelis und Palästinensern – lässt sich nach ihrer Auffassung schlicht nicht umsetzen. Dazu gehören für sie auch die „Clinton-Parameter“ vom Dezember 2000 und die Detailangebote der „Genfer Initiative“ vom Dezember 2003.

Die Verfasser zeigen sich davon überzeugt, dass nur im Rahmen einer nahöstlichen Gesamtregelung eine Klärung für die Jerusalemer Altstadt gefunden werden kann. Gefragt ist deshalb für beide Autoren, die als Botschafter in Jordanien, Ägypten und Israel (der kanadische Diplomat Bell) sowie in Ägypten und Israel (der US-Diplomat Kurtzer) stationiert waren, ein gemeinsames, autonom und unabhängig agierendes Regime mit starker Präsenz einer dritten Partei, ein „Old City Special Regime (OCSR)“. Dazu würden für die mittlerweile an Universitäten ihres Landes lehrenden Politologen die Verwaltung, die Justiz, die Polizei, ein Religionsrat, die Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik sowie ein Krisenmanagement gehören. Die jüdischen Bewohner mit israelischer und die arabischen mit palästinensischer Staatsbürgerschaft wären der Autorität und der Gesetzgebung beider Staaten unterworfen.

Das setzt freilich voraus, dass die Tätigkeit des OCSR in einem israelisch-palästinensischen Friedensvertrag eingebettet ist. So interessant der Diskussionsbeitrag sein mag, weil er einen zentralen Topos anspricht, der in vielen Friedensvorschlägen ausgeklammert oder eilig abgehandelt worden ist – Regelungen für die Zukunft der Jerusalemer Altstadt sind zumindest genauso sensibel wie Vorschläge zur Regelung der Flüchtlingsfrage –, werden auch diese Überlegungen der beiden renommierten Diplomaten nicht das letzte Wort für künftige Verhandlungen bleiben. Denn zumindest fünf Fragen stellen sich im Anschluss an ihre Ausführungen:

1. Wie realistisch bleiben die Vorschläge, solange die Gesamtregelung auf die lange Bank geschoben wird? Lässt sich dieses Ziel durch die Aufwertung der völkerrechtliche Palästinensischen Autonomiebehörde durch die Vereinten Nationen beschleunigen?
2. Wer soll die von Bell und Kurtzer anvisierte dritte Partei sein? Steht sie unter der Verantwortung des UN-Sicherheitsrates?
3. Lassen sich die – durch häufig höchst fragliche Methoden herbeigeführten – Hausübernahmen vor allem seitens orthodoxer Juden in der Altstadt noch rückgängig machen?
4. In welchem Vertragsverhältnis würden Entscheidungen für die Altstadt zu den durch massive israelische Bautätigkeit gekennzeichneten jüdischen Stadtteilen im Osten der Stadt stehen? Sind die „Clinton-Parameter“ („Was jüdisch ist, bleibt israelisch, was arabisch ist, bleibt palästinensisch“) weiterhin wegweisend?
5. Wer auf beiden Seiten hat die politische Kraft, die religiösen und nationalistischen Widerstände zu überwinden, die einer vernünftigen Entscheidung für die Altstadt entgegenstehen?

Als erfahrene Diplomaten wissen Bell und Kurtzer, dass zahllose durchaus beachtenswerte Regelungsvorschläge in den Schubladen der Auswärtigen Ämter lagern. Deshalb werden sie sich selbst Gedanken darüber gemacht haben, welche zukunftsweisende Relevanz ihren eigenen Überlegungen zukommt und wie diese politisch umgesetzt werden können. Die guten Kontakte zu ihren Regierungen werden ihnen dabei helfen. Bleiben wir also gespannt.

Reiner Bernstein

12.07.2009